

Kollegenschaft

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrunnstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 1. August 1931

Nummer 61

Zur Brotmoral des Gutenbergbundes

I.

Es ist der ausgesprochene Zweck einer jeden Organisation, durch Zusammenschluß Gleichstrebender oder durch gemeinsames Vorgehen den gewollten Zweck mit um so stärkerem Nachdruck zu verfolgen. Das trifft insbesondere auf die Gewerkschaftsbewegung zu. Auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vermag eine Gewerkschaft in normalen Zeitverhältnissen um so größeren Einfluß auszuüben, je mehr Mitglieder sie hat und je schwerer das Organisationsgewicht ist, das sie demzufolge bei Auseinandersetzungen über die Regelung der Arbeitsbedingungen in die Waagschale werfen kann. Schon von diesem Gesichtspunkt aus ist es unklar, einer zweigleichen Organisation anzugehören oder ihr beizutreten, deren gewerblicher Einfluß gleich Null ist, weil sie von ihrem wirtschaftlichen Gegner überhaupt nicht ernst genommen wird. Aber noch etwas anderes muß hierbei beachtet werden. In dem Maße, wie eine Gewerkschaft wächst und machtvoller wird, kann sie sich auch weiterliegende Ziele stecken. Jeder aufgeklärte Arbeiter weiß, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht bloß dazu da ist, Lohnkämpfe zu führen, sondern es handelt sich für sie auch darum, die Arbeiterschaft aus einem bloßen Objekt der Wirtschaft zu ihrem mitverantwortlichen Träger werden zu lassen. Die Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles liegt in der Vermittlung von Bildung und Aufklärung an die Mitglieder durch die Gewerkschaftsbewegung zwecks klarer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Einsicht. Insofern leisten die Gewerkschaften wirkliche Kulturarbeit im Sinne Professor Büchners (Leipzig), des berühmten Volkswirtschaftlers, wenn er in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ schrieb: „Das Maß von Bildung, das sich viele von den deutschen Arbeitern trotz mangelhaftester Schulunterrichts und fast nie abbrechender Nahrungssorge noch spät aneignen, ist gar nicht zu unterschätzen. Für alle aber bedeutet der Eintritt in die Gedankenwelt des Sozialismus den gewaltigsten inneren Fortschritt. Sie werden mit einem Male aus ihrer trostlosen geistigen Isolation in ihrem dumpfen vegetierenden Dasein emporgerissen und zum Nachdenken über die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gezwungen. Sie erkennen sich selbst als ein Glied in einer großen Kette, ihr Schicksal als die Wirkung von Ursachen, die fast das ganze menschliche Getriebe beherrschen.“ Die politische Einflußnahme der Gewerkschaften ist ein durchaus zwangsläufiger Vorgang, dem sich auf die Dauer keine Gewerkschaftsrichtung entziehen kann, auch die christlich-nationale nicht. Wirtschaftliche und Sozialpolitik beeinflussen ebenso stark wie die Zoll- und Steuerpolitik die Lebenshaltung der Arbeiterschaft und damit auch ihre Lohnpolitik. Auf sie engte damit verknüpft sind aber auch — wie uns gerade gegenwärtig mit Keulen schlägen zum Bewußtsein gebracht wird — die Auswirkungen der sogenannten hohen Politik. In Berücksichtigung dieser unbestreitbaren Tatsachen müssen die Gewerkschaften nicht bloß die Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch andere Faktoren zu beeinflussen suchen, die für die Existenzgrundlage der Massen maßgebend sind, nicht zuletzt die Staatsgewalt. Diese ist innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung das mächtigste und ausschlaggebende Instrument zur Durchsetzung spezieller Gruppeninteressen, in erster Linie der bestehenden Schichten. Das hat sich mit erschreckender Deutlichkeit im Verlauf dieser schwersten aller Wirtschaftskrisen oft genug gezeigt. Die Unternehmer haben es schon immer gut verstanden, die Staatsgewalt zur Durchsetzung ihrer (zumeist wirtschafts- und staatsfeindlichen) Bestrebungen einzusetzen. Wer wollte angesichts dessen der Gewer-

schaftsbewegung das Recht bestreiten, durch Stärkung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Potenzen der Arbeiterklasse deren Aufstieg zur Macht zu erleichtern? Tatsächlich steht sich diese Denkrichtung denn auch mehr und mehr in allen Arbeiterorganisationen durch, und ausnahmslos sieht sich jede Gewerkschaftsrichtung mehr oder weniger gezwungen, Anlehnungs- und Unterstützungsmöglichkeiten bei solchen politischen Parteien zu suchen, die ihnen weltanschaulich nahe stehen. Daraus einen Vorwurf herzuleiten wäre absurd, wenn man bedenkt, daß parlamentarische Hilfsstellung in gegebenen Fällen notwendig ist, um von den Gewerkschaften errungene Erfolge oder lebenswichtige Arbeiterinteressen zu sichern gegenüber Zugriffen des Staates zugunsten des Unternehmertums oder des Großgrundbesitzes. Es sei in dieser Beziehung nur an steuer- und zollpolitische Maßnahmen erinnert, die in normalen Zeiträumen nicht durch unbenotetrasische Notverordnungen, sondern auf parlamentarischen Wege verabschiedet zu werden pflegen. Die auf der Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Politik beruhende **z w a n g s l ä u f i g e E n t w i c k l u n g** in der gewerkschaftlichen Praxis bedeutet absolut keine Verletzung der in den Verbandsstatuten verankerten politischen und religiösen Neutralität der Gewerkschaften. Dieser Neutralitätsbegriff kann doch fortan nur so verstanden werden, daß sich die Gewerkschaften als solche freizuhalten wissen von einer Unterstellung unter das Diktum irgendeiner politischen Partei oder von der Befolgung blindlings übernommener parteipolitischer Parolen. Selbst die Christlichen vermögen sich auf die Dauer der veränderten Entwicklung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nicht zu entziehen, weil im Laufe der Zeit unter Einwirkung der Wirtschaftskrise auch bei ihren Mitgliedern tiefgreifende Veränderungen in der Denkrichtung und Stellungnahme zu wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung Platz gegriffen haben. Sei es nun zu sozialpolitischen oder rein sozialistischen Fragen oder zum „modernen Katholizismus“. Mehr als einmal hat sich deutlich gezeigt, daß die Gesamtrichtung von Gefühl und Willen der christlichen Gewerkschaften mit den freien Gewerkschaften öfter zusammenstimmt, als es manchem Führer der Christlichen lieb sein mag. An charakteristischen Beispielen dafür bei gelegentlichen Kundgebungen christlicher Gewerkschaftskreise fehlt es keineswegs. Sie lassen darauf schließen, daß auch auf jener Seite die Erkenntnis wächst, daß das Aufwärtstreben der Arbeiterschaft von **f r e i h e i t l i c h e r** Weltanschauung getragen sein muß. Der Sozialismus erschöpft sich ja keineswegs nur in einer Partei. Die enge Verbindung zwischen den christlichen Gewerkschaften und der politischen Zentrumspartei ist bereits zur Tradition geworden. Das tritt bei jeder Gelegenheit unerschütterlich zutage. Wenn trotzdem gerade von den christlichen Gewerkschaften eine Gesinnungsschnüffelrei widerlichster Art getrieben wird, sobald die freien Gewerkschaften bei besonderen Gelegenheiten ihre Verbundenheit mit der Sozialdemokratischen Partei erkennen lassen, so ist das weiter nichts als **g e w e r k s c h a f t l i c h e** Maulwurfsarbeit, die von christlicher Seite lediglich als Mittel zum Zweck, in erster Linie zur Agitation, betrieben wird. In dieser Beziehung haben es die christlichen Gewerkschaften zu einer traurigen Berühmtheit gebracht. Das gilt auch von ihrem Ableger im Buchdruckgewerbe, dem **G u t e n b e r g b u n d**. Dieser kleine Generegler hat es seit seinem nahezu 40jährigen Bestehen glücklich auf rund 4200 Mitglieder gebracht. Eine Zahl, die weit geringer ist als die Zuwachsziffer des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im Laufe eines einzigen Jahres. Der Erfolg einer Bewegung ist noch immer der beste Gradmesser zur Beurteilung ihres Wertes gewesen. An diesem Maßstab gemessen, sinkt die gewerbliche Bedeutung des Gutenbergbundes gegenüber unserem Verband mit seinen mehr als 93 000 Mitgliedern auf

den Nullpunkt herab. Die geringe Mitgliederzahl des Gutenbergbundes beweist am augenfälligsten, wie die deutsche Kollegenschaft seine Wirksamkeit und seinen gewerkschaftlichen Wert einschätzt. Dabei haben es die Leitung des Gutenbergbundes und ihre diversen Helfershelfer an Anstrengungen aller Art, die Mitgliederzahl des Bundes zu vergrößern, bestimmt nicht fehlen lassen. Erfahrungsgemäß ist dort das Getummel am stärksten, wo die wenigsten Anhänger sind. Die Agitationspraktiken aber liefen zumeist auf so plump demagogische Verheißung und Bekämpfung Andersdenkender hinaus, daß sie keinen Resonanzboden in der deutschen Kollegenschaft fanden. Oft genug war der „Korr.“ in früheren Jahren gezwungen, zur Steuer der Wahrheit dem Gutenbergbund und seinem Organ gehörig aufs Dach zu steigen. Wenn das späterhin seltener geschah, so in der Erwartung, daß angesichts der engeren Zusammenarbeit auf tariflichem Gebiet auch in der Agitation des Gutenbergbundes anfänglichere Formen Platz greifen würden. Das ist jedoch nicht der Fall.

Jetzt scheint die schwere Wirtschaftskrise mit ihrer riesigen Arbeitslosigkeit der Bundesleitung und ihren Werbeaposteln im Reich besonders dazu geeignet, die wirtschaftliche Notlage des einzelnen Kollegen zu Agitationszwecken auszunutzen oder, besser gesagt: zu mißbrauchen. Namentlich solche Gehilfen werden von den bündnerischen Agitatoren scharf aufs Korn genommen, die in katholischen respektive Zentrumsdruckereien beschäftigt sind. Ihnen gegenüber vertreten die Sendboten des Gutenbergbundes in Schrift und Wort sinnergemäß die höchst sonderbare Auffassung, daß jeder Buchdrucker, der seine **A r b e i t s k r a f t** einem katholischen Unternehmen zur Verfügung stellt, sich ohne weiteres weltanschaulich und gewerkschaftlich den christlichen Gewerkschaften, d. h. dem Gutenbergbund, überantwortet. Es stehen uns zahlreiche schriftliche Beispiele und praktische Beispiele dafür zur Verfügung, daß in dieser Beziehung strupellos vorgegangen wird, sowohl gegen Gehilfen als auch gegen Lehrlinge. Die Schätzigkeit einer solchen Werbemethode wird von christlicher Seite mit der Behauptung zu bemänteln versucht, daß den Gutenbergbündnern deshalb in erster Linie ein Recht auf Arbeit in katholischen Betrieben zusteht, weil deren Produktion sich überwiegend auf Erzeugnisse der christlichen Weltanschauung beschränkt. In dieser Bemäntelung liegt eine Spekulation auf die Bestimmungen des § 67 des Betriebsrätegesetzes, wonach in sogenannten **T e n d e n z b e t r i e b e n** die wirtschaftliche Materie des Betriebsrats nach § 66 Ziffer 1 und die Mitwirkung des Betriebsrats an der Einführung neuer Arbeitsmethoden nach § 66 Ziffer 2 insoweit fortfallen, als es die Eigenart ihrer Verbreitungen bedingt. Gestützt auf jene Bestimmungen, deren Grenze nur im Einzelfall bestimmbar ist, haben bereits mehrere katholische Druckereien versucht, freigewerkschaftlich organisierte Gehilfen, die sich der Praktizierung der Brotmoral nicht gefügig gezeigt oder aus anderen Gründen mißlieblich geworden waren, kurzerhand zu entlassen.

Es muß aufs bestimmteste bestritten werden, daß jemals einem Verbandskollegen irgendwelche organisatorische Schwierigkeiten aus seiner religiösen Einstellung erwachsen sind. Wohl aber steht unbestreitbar fest, daß auf Drängen von Funktionären des Gutenbergbundes oder der christlichen Gewerkschaften verschiedene katholische Druckereunternehmen zur Anwendung der **u n c h r i s t l i c h e n** Brotmoral veranlaßt worden sind. Ihre Willkürmaßnahmen haben im Laufe des Jahres zu bemerkenswerten Verhandlungen vor mehreren Tarifschiedsämtern, vor dem Reichsschiedsamt der Buchdrucker in Berlin sowie vor örtlichen Arbeitsgerichten geführt. Die Entscheidungen aller dieser Instanzen sind jedoch sämtlich **z u g u n s t e n d e r** **G e h i l f e n s c h a f t** ausgefallen. Darüber soll im nächsten Artikel Näheres gesagt werden.

Eilberichterstattung über Kurzarbeit

Aus einer Anzahl Druckorten wird uns gemeldet, daß im Juli die Kurzarbeit in unserm Gewerbe einen größeren Umfang angenommen hat. Am nun einen allgemeinen Überblick zu gewinnen, erlauben wir alle unsere Betriebsvertrauensmänner, die in Betrieben mit Kurzarbeit stehen, am Freitag, dem 7. August, das in der heutigen Nummer des „Korr.“ auf der Seite 382 abgedruckte Formular auszufüllen und spätestens bis 10. August an ihren zuständigen Bezirksvorstand, in größeren Druckorten an den Ortsvorstand einzusenden. Die Bezirks- oder Ortsvorstände werden ersucht, die Ergebnisse der einzelnen Formular zusammenzustellen und diese Zusammenstellung so rasch als möglich (spätestens bis 15. August) dem Verbandsvorstand direkt zu übersenden.

Um ein möglichst lückenloses und zuverlässiges Ergebnis über den Umfang der Kurzarbeit zu erhalten, das auch bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit von Nutzen sein kann, richtet der Verbandsvorstand an alle in Betracht kommenden Kollegen das dringende Ersuchen, für eine gewissenhafte Ausfüllung und schnelle Rücksendung der Fragebogen besorgt zu sein.

Vorschläge der freien Gewerkschaften zur Überwindung der Krise

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter Beteiligung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes in seiner Sitzung am 29. Juli folgende Entschlüsse zur Lage gefaßt:

Die ernste Lage der deutschen Wirtschaft erfordert entschiedenes und schnelles Handeln. Die Gewerkschaften als Vertreter der von der Not am härtesten betroffenen Volksschichten erheben daher folgende Forderungen:

1. Damit die Wiederaufnahme der Zahlungen bei privaten und öffentlichen Banken und Sparkassen gleichmäßig und schnellstens gesichert wird, ist die Versorgung mit ausreichenden Umlaufmitteln durch weitere Wechseldiskontierung der Reichsbank notwendig.
2. Um die notwendige Räumung der Warenlager herbeizuführen und die Währung zu sichern sowie den erforderlichen Druck auf die Abgabe von Devisen und Notenvorräten auszuüben, darf vor der vorübergehenden Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank nicht zurückgegriffen werden.
3. Die Regelung der Rückzahlungen kurzfristiger Auslandsverschuldungen darf nur durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen. Hierbei ist das Stillhalteabkommen durch ein teilweises Auslandsmoratorium zu ergänzen.

4. Der inländische Geld- und Kapitalmarkt bedarf der öffentlichen Kontrolle und Lenkung. Das Reich muß maßgeblich an der Verwaltung der Banken beteiligt werden. Zu diesem Zweck ist ein Bankenamt zu errichten. Zu seinen Aufgaben gehört, besonders die Kreditpolitik der Banken zu kontrollieren, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufzustellen und die Durchführung der Richtlinien zu überwachen.

5. Die ins Ausland und in ausländische Werte geflüchteten Kapitalien sind der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen. Die bisher erlassenen „Notverordnungen gegen die Kapitalflucht“ beziehen sich nur auf die Flucht in Devisen. Sie finden deshalb zu erweitern: a) alle ausländischen Effekten in deutschem Eigentum sind der Reichsbank zum Kauf anzubieten; b) die Anmeldepflicht für Devisen ist auf sämtliche Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitstermin auszudehnen; c) die Bewilligung von Ausnahmen bei der Devisenablieferung auf Grund der erlassenen Notverordnungen darf nur von der Reichsbank unmittelbar erteilt werden.

Über die zur Überwindung der augenblicklichen Stockung zu treffenden Maßnahmen hinaus sind zur Rückkehr des Vertrauens im In- und Ausland die Reform des Aktienrechts und die Ausdehnung der Kartell- und Monopolkontrolle entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften notwendig.

Ebenso dringlich sind Sicherheitsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Stützung des realen Einkommens der Arbeiterschaft. Der Lohnabbau hat sich als ein Irrweg erwiesen. Um die Läger zu räumen, dürfen Verlustverkäufe nicht gescheut werden. Kartellbestimmungen müssen beseitigt werden. Aberhöhte Zölle in Landwirtschaft und Industrie sind abzubauen. Die deutsche Außenpolitik muß in erster Linie auf eine Werkündung mit Frankreich gerichtet sein.

Zum Zeitproblem

Das deutsche Volk wird wieder einmal von der Nervosität besonders heftig erschüttert. Viele Sparrer, ganz gleich wo sie ihr Spargut haben angelegt haben, sind von hartem Zweifel heimgesucht, ob sie ihr Geld in seinem alten Werte wiedersehen. Die politische Atmosphäre ist alles andere als rein zu nennen. Es gibt kaum noch ein Barometer, das all die vielen Veränderungen registriert. Die Ereignisse spigen sich katastrophal zu, und zwar werden wieder in harte Mitteldensität die Arbeiter gezogen. Die Balken, die aus dem kapitalistischen Bauwerk sich lösen, treffen schwerer dem Lohn und Brot kämpfenden Menschen. Sie treffen sie alle, ohne Ausnahme der Gesinnung, und finden sich gemeinsam auf der Stempelstelle ein. Dort verdrängt sich das Los der Erwerbslosen zu dem einhelligen Urteil: „So kann es nicht mehr weitergehen!“ Das ist aber auch alles, worin sie alle miteinander übereinstimmen. Wird die Frage weiter ventiliert, was getan werden muß, um die Dinge zu meistern oder gar zu verbessern, da scheiden sich plötzlich die Geister und vergehen das Damoklesschwert der verstärkten Not und ihrer Verordnungen, das über allen schwebt. Jetzt, wo die Krise eine rein kapitalistische ist, verstärkt durch die Kreditentziehungen ausländischer Geldgeber, müßten die Arbeiter sich etwas von parteipolitischen Ideologien befreien und die Frage aufwerfen: Wie können wir diese Krise benutzen, um das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen erfolgreich zu bekämpfen? Bisher war es immer nur ein Sichtweisen-Lassen, ein Mit-dem-Strömung-Schwimmen. Man hat gewiß das Wirtschaftssystem schon wissenschaftlich durchleuchtet, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es krank, sehr krank ist, und versucht hier und da, das Privatkapital von großen Unternehmungen als Initiatorkraft auszuhalten. Ich denke dabei an die nach dem Zusammenbruch der politischen Hegemonie entstandenen großen Konzentrationsunternehmungen vieler deutschen Städte, ganz besonders Berlins. Leider haben sich dabei Schattenseiten ergeben, die den Steuerzahler Lasten aufbürdeten, daß eine Freude an der Umgestaltung der vielen privatkapitalistischen Gebilde in städtische Regie nicht aufkam. Und nun muß erlebt werden, daß die städtische Führung zugunsten der privatkapitalistischen Aufgaben wird und alle Ansätze der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen sich verloren haben. Die während des Krieges und nach ihm entstandenen kapitalistischen Fusionen und Erscheinungsformen bedeuten, wie wir erst jetzt wieder sehen, keinen Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus. Wer das uns glauben machen wollte, trieb entweder Spiegelschere oder war von Illusionen befallen, wie sie verhängnisvoller nicht werden konnten. Inzwischen kam es sogar wieder zu Zerfallungen und Restrukturierungen oder, was nicht übersehen werden darf, erhob sich ein Schrei nach staatlichen Subventionen in ihren verschiedenen Formen. Neben der Rationalisierung war es die Großbaubauweise, die den kapitalistischen Charakter der Großunternehmungen scharf kennzeichnete. Wir sind also in keiner Weise der Bergesellschaft in sozialistischer Richtung nähergekommen. Dabei ist nicht zu leugnen, daß der Gedanke des Sozialismus sogar staatlich erlaubt in Formen zum Ausdruck gebracht werden darf, wie wir es gelegentlich bei Rundfunkorträgen finden. Es ist dies ein Sozialismus, dem nur ideologisch Spielraum gegeben wird, während er in seinen Konsequenzen, des Kampfwillens, so ziemlich negiert werden muß. Die Arbeiter überfüllt man mit billigen Rezepten und platonischen Liebeserklärungen, mit denen sie nichts anfangen können. Man spricht mehr vom Ziel, als vom Weg! Das Ziel ist weit geteilt, und wie die „Sozialisierung marschiert“, das ist jetzt beim besten Willen nicht mehr festzustellen.

Gerade in den Krisenzeiten erweist es sich, wie trotz aller Gewerkschaften und Parteien kein Weg gefunden werden kann, die Schläge des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu parieren, die der Arbeiterschaft gefahrenen Wunden zu mildern und zu heilen. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, als wenn sich weit in die Arbeiterunternehmungen hinein eine Verflügung mit der „gottgewollten“ oder „natürlichen“ Ordnung fattedunden hat. Ein Zustand, der die Dinge nimmt, wie sie sind und keine Veränderung der Zeit vollkommen überläßt. Mehr denn je appelliert man an die politische Einsicht der Regierenden, macht Wisten und unterbreitet Entschlüsse von Spitzenorganisationen, ohne daß irgendwelcher Erfolg konstatiert werden kann. Immer komplizierter gestaltet sich der staatliche Erhaltungswille. Bei genauem Hinsehen zeigt die „nationale Selbsthilfe“, daß sie nur auf wirtschaftlicher Grundlage sich vollziehen kann. Und da ist das Schwerkriegs alles Geschehens zu finden. Die Kräfte zweckentsprechend an der richtigen Stelle einzusetzen, sie zur Entfaltung zu bringen, dem Produktionsprozeß neues Blut zuzuführen unter dem gesellschaftlich weitherzigen Leitmotiv: „Leben und leben lassen!“

Man muß angefaßt der Tatsache, daß die Wirtschaftslehre doch zum Aufgabentritt staatlich geförderter Bildungsweige gehört und auch die organisierte Arbeiterschaft mit ihr bekannt gemacht wird, einfach staunen, wie gering ihr praktischer Erfolg ist, wie wenig ihre Zusammenhänge in logischem Aufbau sich zeigen und wie hart dessen der Fatalismus Nährboden findet. Ich glaube, das kommt daher, daß die Macht des Geldes überherrscht, der wertschöpfende, der produzierende Faktor unterschätzt wird, soziales nur als nebenläufige Kraftquelle Registrierung findet. Der Götz Gold ist das unantastbare Heiligum, hat zum Fetischismus geführt, während die lebendige Kraft, der Gestaltungswille, die Seele des Organismus

als das angesehen wird, was leichter zu erschauen ist. So kommt es, daß das Gefühlsmoment von Mensch zu Mensch merkliche Veränderungen erfahren hat und der Selbsterhaltungstrieb jenseits der Grenze des gemeinsamen Volkens zu Erscheinungen führt, die in ihrer Tragweite zu sozialen Zuständen hinüberlenkt.

Innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen ist heute weit weniger der Geist das Bindemittel, er ist nur sekundärer Natur; der eigentliche Kitt ist der Unterstützungscharakter. Man wird diese Tatsache nicht gelten lassen wollen, aber sie besteht. Die Aktivität labortiert nicht kritisch, wird aber immer auf später vertröstet, so daß, gewollt oder nichtgewollt, die Organisationsform selbst bürokratischen, verwaltungstechnischen, inaktiven Charakter angenommen hat, der in seiner Auswirkung eine gewisse geistige Enttarnung, Unweglichkeit mit sich gebracht hat und nur reformistisch sich betätigt.

Alle reformistischen Gebilde, sofern sie den Auenzug der Zeit nicht ganz aufgeben können, gehören in ihrem Gehalt Elemente der „Sitzungen“, oder lagen wir, Anzufriedene, Vorwärtstreibende, Stürmer, die, mit sozialistischen Ideologien genährt, danach trachten, sie in die Tat umzusetzen. Der Zusammenprall von Theorie und Praxis ist zweifellos so stark, daß Erstfütterungen nicht ausbleiben. Dieses müßte bei Betrachtung der heutigen gesellschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse mehr berücksichtigt werden, und die Toleranz, die man den herrschenden Zuständen gegenüber übt, sollte man mehr noch nach der mit sozialistischen Zielsetzungen verbundenen Seite hin üben. Die schweren Bruderkämpfe müßten wegen der Kleinheit der vertretenen Idee unbedingt Formen annehmen, daß die Austragung der Meinungen vor sich gehen kann, ohne zu Inquisitionen zu führen. Ehrlicher Wille ist die Voraussetzung zu erprießlicher Disziplin.

Wir haben viel erlebt und durchgemacht; die Alten kämpfen innerlich um das verlorene alte, mehr und mehr in den Hintergrund getretene sozialistische Ideal; konnten mit der Art der Entwicklung sich nicht befunden, stehen enttäuscht beiseite und sind zum Teil gemüht; die Jungen, unsere schöne Jugend, unterliegen der Austragung parteipolitischer Kämpfe, pendeln zwischen rechts und links hin und her, werden mit nationalen Phrasologien gefüttert, der Wille zur Tatkraft wird mißbraucht, in ein falsches Bett geleitet; Hitzefänger, die Spottgeburt von Dred und Feuer, weil revolutionäre Sprachgebilde die reaktionäre Wesensart verschleiern, ist antiozial, verherlich das autoritäre Führertum, huldigt dem Kadavergehorsam und nützt die Not des Volkes zu seiner entsetzlichen Zerstörung aus. Weil die National[sozial]isten sich an die Idee des Königtums, der Allensherrschafft, anlehnen, sind ihre Wöner auch nur in nationalistischen Kreisen zu suchen, und es ist kein politischer Witz, daß auch Hohenzollern darunter sind. Das deutsche Kleinbürgertum, die selbständigen Handwerker, Kaufleute usw. Sympathisieren mit ihnen nur aus falschem Oppositionsgefühl heraus und bilden nicht selten die bunte Gefolgschaft, Scharfmacher, die ausgeprossenen Arbeiterfeinde, unterstützen mit gewisser Affektive materiell die Silberaner-Partei, während viele ihrer Anhänger aus Arbeiterkreisen ihren Arbeitsbrüdern aus nichtigen Anlässen, oft nur niedrigen kriegerischen Intinkten entspringend, die Schübel einschlagen und, wenn die Übermacht auf ihrer Seite ist, vor den schwersten, unmenslichen Mißhandlungen nicht zurücktreten. Das ist wohl für einen geistig fortschrittlich gebildeten Menschen das Traurigste, was er erleben mußte. Die Drahtzieher lachen sich eins ins Fäustchen und freuen sich über das Glücken ihrer alten Methode: Teile und herrsche! Aber auch bei den National[sozial]isten sind Witzkäufer, die eines Tages plötzlich erwachen und sich mit ihren Klassengenossen vereinen werden.

Wie ich eingangs dieses Artikels schrieb, treffen die Balken, die aus dem kapitalistischen Bauwerk sich lösen; schwerer um Lohn und Brot kämpfenden Menschen, ohne Ausnahme ihrer Gesinnung. So schließt auch das einzelne Individuum zu handeln vermag, organisatorisch erfasst, muß und wird die Sonne des Sozialismus mit ihrer Leuchtkraft auf den Weg der Befreiung von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen führen. Das ist unser Zeitproblem!

Meut 311.

Sermann Kotte.

Des Rubels Kern

Die Untersuchungen und Nachforschungen nach den Wurzeln der Rationalisierung sind im „Korr.“ schon so ausgiebig behandelt worden, daß eigentlich jede weitere Abhandlung darüber überflüssig erscheint. Und doch vermisse ich in allen Einblendungen konkrete Beispiele dafür, in welcher Weise sich die Rationalisierung finanziell auswirkt. Deshalb soll hier einmal mit Zahlen belegt werden, wie sich z. B. die Anschaffung einer Sechsmaschine auswirkt, und zwar in einem Kleinbetrieb:

Eine gebrauchte Sechsmaschine wird (bei völlig unzureichender Arbeit für die Seiger) beschafft zum Preise von 7000 M. Nach Verlauf von kaum einigen Wochen wurde vier Seigern gekündigt, wofür auch als Folge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges. Diese vier Mann stempeln jetzt bereits über ein Jahr und bezogen zusammen in dieser Zeit etwa 5000 M. an Arbeitslosenunterstützung. Das Geschäft „iparte“ an Arbeitslöhnen etwa 9000 M., wodurch dem Staat aber etwa 1000 M. an Steuern verloren gingen. Trotzdem ist der Betrieb nicht imstande, billiger als andre, handlicher beschaffende Firmen zu produzieren, er ist im Gegenteil als teuer verschrien; schon

aus dem Grunde der völlig unproduktiven Verwendungs-
möglichkeit der Sechsmaschine, bei vorwiegend Arbeitslosen.

Was hat die Anschaffung dieser e i n e n Maschine dem
Staat nun gekostet, indem er dem Prinzipal durch Über-
nahme seiner Arbeitskräfte zur Anschaffung der Sech-
maschine nicht bloß das Geld indirekt lieferte, sondern
ihm, wie oben angeführt, auch noch 2000 M., "Betricks-
kosten" schenkte? Rechnen wir nur die letztgenannte
Summe, so ergibt sich in diesem Falle für den Staat das
nette Stimmchen an Ausgaben im Interesse der Nationa-
lisierung von nicht weniger als 8600 M. in einem Jahr,
ohne was noch in Zukunft an weiterer Unterstützung der
brautliegenden Arbeitskräfte gezahlt werden muß und
ohne die Nebenleistungen unserer Organisation. Ansummen
von Kapital werden auf diese Weise verpulvert, trotz all-
gemeiner Notlage. Schafft sich ein Privatmann oder Unter-
nehmer ein Auto an, so ist er wohl in den meisten Fällen
gezwungen, sich einen Chauffeur zu halten. Es muß also
ein Mann eingestellt werden, und dafür muß er Hunderte
pro Jahr an Steuern zahlen auf sein Auto. Werden dem
Staate jedoch durch Anschaffung von Maschinen, die die
menschliche Arbeitskraft ausschalten, Tausende von Mark
aufgehoben, so übernimmt er bereitwillig die „Weiter-
führung" der Opfer der Rationalisierung.

Glaubt man sich angesichts solcher Tatsachen nicht in ein
Zerrenfasch verfehlt, wenn man bedenkt, daß sich bis jetzt
noch kein Minister gefunden hat, der diesem Zustand durch
Aufhebung einer kräftigen Steuer je nach der Zahl der
dem Staate überwiesenen Opfer entgegenzutreten kann?
Man bedenke doch, daß es sich hier nur um einen Einzelfall
handelt, das Verhältnis ist ja im großen nicht übersehbar,
zu einer Zeit, in der ein Rotationsbetrieb in einer Stunde
das leistet, woran eine Schnellpresse ein halbes Jahr zu
Tag hätte! Zigarettenmaschinen produzieren pro Tag
100 000 Stück Fertigarware und treiben damit dem Staat
die überflüssig gewordenen Kräfte zur weiteren Erhal-
tung zu!

Abgesehen davon, daß sich die Fortentwicklung der Tech-
nik nicht aufhalten läßt, müssen aber doch mindestens
Maßnahmen getroffen werden, die eine Verlangsamung
der Rationalisierung herbeiführen und den Staat vor dem
Ruin schützen. Selbst bei günstiger Konjunktur, speziell in
unserm Gewerbe, glaube ich nicht daran, daß auch nur der
dritte Teil der arbeitslosen Kollegen wieder Beschäfti-
gung findet, trotz Verkürzung der Arbeitszeit. Bei Mehr-
bedarf an Produkten wird es immer wieder die Maschine
sein, die zur Bewältigung höherer Produktionsansprüche
beliebig vermehrt werden kann, wenn dem von oben herab
keine Bremse angelegt wird. Geschieht nichts zur Drosselung
verfehrter Rationalisierungsmaßnahmen, dann ist es um
die verunglückten Milliarden von Stempelgehältern ebenso
schade wie jetzt schon um die Ministergehälter und
Pensionen! Ein Provinzialkolleg.

Die Toten mahnen!

Als im „glorreichen" Jahr 1914, durch die Bluttat von
Sarajewo eingeleitet und durch den Mobilisierungsbefehl
Ende Juli vollendet, gewitternd, unheimlichwanger der
große Kladderadatsch seinen Anfang nahm — Wilhelm der
Gesehene sahste in seiner Großmannsjagd von den her-
zlichen Zeiten, denen er, „Sein" Volk angeblich entgegen-
führen wollte —, da dachte niemand daran, daß sich die ver-
bündeten Mittelmächte, denen Türkei und Bulgarien sich
angekneht, binnen kurzem einer ganzen Welt von Feinden
gegenübersehen würden, geschweige daß der ungeheure
Kräfteeinfluß die Opfer nicht lohnte, die bei allen am
Kriege Beteiligten 11 Millionen an Toten betragen. Dazu
an Verwundeten, Schwerverletzten, Verstümmelten 25
Millionen, an Witwen und Waisen 15 Millionen.

Die sozialistische Idee

Eine Idee lebt nur dann, wenn sie wirkt und sich aus-
breitet. Wer einige Jahrzehnte zurückdenkt, erkennt leicht,
daß die Idee des Sozialismus gewirkt hat, außerordentlich
kräftig gewirkt hat. Und ausgebreitet hat sie sich ebenso
kräftig in dieser Zeit. Dennoch lebt zweifellos im Sozialis-
mus ein sehr kräftiges Leben. Angefaßt wurde dieses
Leben aber zu allen Entwicklungszeiten der sozialistischen
Idee durch die Werbung. Alle großen Gedanken sind durch
Werbung weitergetragen worden. Und durch Kampf. Eine
wertvolle Idee bekämpfen, heißt sie stärken; oder, wenn sie
wertlos ist, läten. Eine Idee, die so viel Kampf und Be-
weindung, bald offen, bald verdeckt, siegreich bestanden hat,
wie der Sozialismus, hat ihre Lebensnotwendigkeit und
ihre Lebensstärke hinlänglich bewiesen. Aber das allein ist
noch keine sichere Gewähr dafür, daß sie einmal ganz die
Verhältnisse der Zukunft gestalten kann. Viel hat sie be-
reits bessernd umgestaltet und neugeschaffen. Dennoch ist
es erst wenig, an drei Zehnten, die verfolgt werden.
Der soziale Gedanke hat eine gewisse Wirkung auf das
Leben der sogenannten Kulturmenschen erlangt. Er gibt
aber keineswegs diesem Leben die Richtung und den In-
halt. Nicht einmal in den Kreisen der Sozialisten selbst.
Das Ideal ist viel zu hoch und schön, um von allen voll-
ständig begriffen zu werden. In den meisten Menschen
unserer Zeit steckt tief innerlich ein gut Teil Klein, ja
sogar Spießbürgertum. Alles denkt und strebt selbst und
gewinnlich. Die gesamten Lebensverhältnisse drängen
ja dazu. Sozial denken und handeln bedeutet in unserer
Welt des verhärteten, „Tanges um das goldene Kalb" ver-
edeltes, emporentwickeltes Menschentum. Sozialismus ist
weit mehr als Parteifache oder gewerkschaftliche Berufs-

Die Zahl der Vermissten betrug für Deutschland allein
170 000, die der Toten bei der Schlachtgruppe 15 000, bei der
Marine starben 31 000 den „Seldentob" fürs Vaterland,
und 1 835 000 Todesopfer hatte das Landheer zu be-
klagen ...

4 248 631 deutsche Soldaten wurden zu dauerndem Siech-
tum verurteilt, zu Krüppeln geschlagen. „Der Dant des
Vaterlandes ist euch gewiß!" lautete das Versprechen.
Dauernde Minderung, ja Aufhebung der Renten ist die
nächsterne Wirklichkeit. „Selbstmord ist heiligste
Pflicht!" Nach diesem Rezept würden die Nazi, falls sie
zur Macht gelangten, mit einem Schläge die Kriegs-
beschädigtenfrage lösen.

Grauerregend raste die Furie des Krieges, des furcht-
barsten Wahnsinnes, den die Welt je gesehen, durch die
Lande. Wo sein Bestiauch hinreichte, richtete er entsetzliche
Verwüstungen an. Mittel zur Kriegsvührung wurden ange-
wendet, die allem Völkerecht, aller Menschlichkeit Hohn
sprachen. Fliegerbomben, Dum-Dum-Geschosse, Schrap-
nells, Flakermineen, Giftgasangriffe, Geschosse von nie-
geahnten Dimensionen und ungeheurer Reichweite eiferten
um die Palme des Erfolges.

Milliarden und aber Milliarden wurden sinn- und nutz-
los vergeudet, gingen in Schutz und Flammen auf,
blühende Gemeinwesen wurden vernichtet, fruchtbare Land-
schaften in Stätten des Grauens verwandelt. Bergwerke
wurden unter Wasser gesetzt, ohne daß die strategische Not-
wendigkeit vorlag, und so ebenfalls Werte ausgelöscht, die
in die Millionen gingen.

Wer die entsetzlichen Verwüstungen mit eigenen Augen
gesehen hat, die gerade in Belgien, dem zu Unrecht in einen
Kriegsschauplatz umgewandelten Land, und in Frankreich
angerichtet wurden, der versteht es, wie untre westlichen
Nachbarn angesichts des hysterischen Keuchgeschreies der
Feindkrieger, gewissenloser ausgeübter Offiziere, Stahl-
helm- und Naziaufmärsche an dem aufrichtigen Friedens-
willen des deutschen Volkes zweifeln und auch bei Deutsch-
lands gegenwärtiger trostloser Lage dem Willen der ameri-
kanischen und englischen Nation, ihm zu helfen, Wider-
stände entgegensehen, wenn auch die Mehrheit des Volkes
den Frieden ehrlich will. Aberdies: Ein großer Teil unseres
Clends hätte Deutschlands besthloßen Klassen erspart
werden können, wenn die letzten Machthaber der
wilhelminischen Ära gegen jede Ungerechtigkeit beizeiten
eingeschritten wären und dem politischen Renegatentum,
der Desperadopolitik der Schwerindustrie und der vater-
ländischen Verbände das Genit getroffen hätten. Der
Krieg ist kein Glücksspiel, aber es war Glückstrittertum, den
gesamten Reichshaushalt fast aus den Erträgen der Kriegs-
anleihen zu bestreiten und nicht beizeiten für die nötige
Deckung zu sorgen. Die billige Phrase „Der Feind muß
alles bezahlen" ist uns teuer zu stehen gekommen. Es war
ein Wabanquellspiel, sich nicht offen gegen die Annexion Belgi-
ens zu erklären, in Prest-Litowitz wie in Bukarest Freie-
denverträge abzuschließen, die für Jugland und Rumänien
unerhörte Demütigung bedeuteten. Es war ein Frevler bru-
tallster Art, belgische Zwitgefängnisse in die westfälischen
Bergwerke zu stellen, ihnen den Tariflohn zugubilligen,
aber nur einen Bruchteil davon zu bezahlen und sie so um
den wohlverdienten Ertrag ihrer Arbeit zu bringen.

Das gemeinste Verbrechen am schaffenden Volk — denn
dieses, nicht der Besitz, muß den Großteil der Zehne zahlen —,
waren die Kriegsziele der „Vaterländischen": Angliederung
des Baltikums und Polens an die deutsche Interessensphäre
(eine Anzahl Pringen brauchte Versorgungsstützen),
Annexion Belgiens und des Kongobeiets, der Erz-
becken von Longwy und Briey, ja der Wadstungser-
streckte sich sogar auf den Hafen von Calais!

Schmach und Treppenwitz der Weltgeschichte, daß im
Kingen um das gut konsolidierte Preußen Hitler, Eugen-

berg, Seldte und Thälmann Arm in Arm ihr Jahrhundert
in die Schranken fordern — die SPD, als würdiges Klee-
blatt mit den Vertretern brutalsten Klassenegoismus und
der Völkerverhöhnung, von deren gewissenlosen Treiben sich
jeder ehrliche und auf Reinlichkeit haltende Volksgenosse
mit einem Gefühl des Efels abwendet ...

Unser heiliger Schwur gilt dem Menschlichkeitsgedanken,
der den Krieg ein für allemal im Rate der Völker löstet
und als Mittel, Differenzen auszugleichen, unmöglich
macht! Wir kämpfen für jenes Weltbürgertum, das um
der Wohlfahrt aller willen die wirkliche Allianz der Völker
anstrebt. Keine Unterdrückung des Allen durch den
andern, kein Wille, eine Nation zu Boden zu zwingen!

Kampf dem Pharisiere- und christlich-nationalen Heuchler-
tum, das zwischen Evangelium der Nächstenliebe und Krieg-
führung Beziehungen erblickt, die sich durchaus realisieren
lassen! Kampf, heißer Kampf gegen die Verberkerklärung
des Massenmordes, wie sie sich selbst in „Deutsche Lesebücher
für höhere Schulen" einschmuggelt ...

Geloben wir uns in dieser ersten Stunde der Er-
innerung erneut, nicht zucken und raffen zu wollen, bis auch
die wöllische Eiterbeule, die in der Kriegsbege eine Lebens-
notwendigkeit erblickt, aufgestochen und unschädlich ge-
macht ist.

Damit der Weg zur Völkerveröhnung und zu wahrer
Freiheit und demokratisch-sozialen Aufbau endlich geöffnet
werde! Die Toten mahnen: Nie wieder Krieg!
Kürnberg. Arthur Staß.

Korrespondenzen

Bamberg. Unsere diesjährige Bezirksversam-
lung am 28. Juni war mit der Johannisfeier in
Stassfeldten verbunden worden. Schon morgens brachte ein
Ertrag die Jünger der schwarzen Kunst mit ihren
Familien nach Stassfeldten, wo man sich mit den Kollegen
aus den Bezirksorten Stassfeldten, Kronach und dem Dis-
triktverein Koburg, den enge Freundschaft mit dem Bezirk
Bamberg verbindet, vereinigte. Es war ein stattlicher Fest-
zug, der unter Vorantritt der Musikkapelle der „Freien
Gewerkschaften Bamberg" durch die Straßen Stassfeldten
zum Festplatz zog, wo alsbald im Saale der Brauerei
Böttling die Bezirksversammlung ihren Anfang nahm.
Während derselben hatten die Damen der auswärtigen
Kollegen Gelegenheit, sich die Sebenswirklichkeiten der
alten historischen Stadt sowie die Umgebung (Biergeseh-
heiligen, Stassfeldten) anzusehen. Im 10 Uhr konnte Be-
zirksvorsitzender Kollege Schliefer die überaus stark
besuchte Versammlung unter Begrüßungsworten eröffnen.
Die Musikkapelle spielte zur Eröffnung den Marsch „Zur
Freiheit — zur Sonne" und die „Typographia" Bamberg
trug das Bundeslied in musikalischer Weise vor, die er-
zielten rauschenden Beifall. Vorherrscher Kollege Schliefer
gab nun nochmals seiner Freude über den überaus starken
Besuch kund und begründete hierauf den zweiten Gavour-
sitzenden Kollegen Ebert (München), ebenso noch besonders
die Koburger Kollegen, die die enge Freundschaft be-
nutzten, um mit uns gemeinsam das Fest des Altmeisters
Gutenberg in würdiger Weise zu feiern. Nach der
Protokollverlesung gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht,
der die allgemeine Not und die schlechte wirtschaftliche Lage
zum hauptsächlichsten Inhalt hatte. Den durch Tod abge-
gangenen Kollegen wurde ein stilles Memento gewidmet.
Weiter gab nun der Vorsitzende bekannt, daß seit 28. April
die Lehrplangordnung von der Sanberksammer im Be-
zirk Oberfranken als rechtsverbindlich anerkannt worden
ist und hat die Kollegen, alle ausgebauten und jede Ab-
tretung der Lehrplangstafa, die besonders kraft in den
kleineren Druckorten sei, zu melden, um der Lehrplang-
säuberei Einhalt zu gebieten. Nach dem Rassenbericht vom
Kollegen Ebert g e n e r e d e r, der Entlastung erblickt, wurde
als nächstjähriger Ort der Abhaltung des Bezirksjohannis-
festes mit großer Mehrheit Koburg beschloßen. Als Vor-
standsmitglieder wurde wieder die Vorstandschäft des Be-
zirksvorsitzende gewählt. Hierauf referierte Kollege E b e r t
über „Die wirtschaftliche und organisatorische Lage". In
über einhalbstündigen Ausführungen verstand Redner

noch auf der heutigen Geschäftswelt aller Grade und
Klassen. Diejenigen, die etwas tiefer die Dinge durch-
dringen, wissen, daß außerordentlich viel davon abhängt,
daß dieser kühnste, irreführende Glanz unter allen Um-
ständen erhalten wird. Nur der privatkapitalistische Unter-
nehmer, Vermittler, Händler kann was, weiß was, will
was — so sagt man auf Schritt und Tritt fast den ahnungs-
losen Massen. Nicht gerade in plumpen, deutlichen
Worten. Das würde zu sehr auffallen und vielleicht gerade
zum Nachdenken anregen. Nachdenken aber fürchtet der
Kapitalismus mehr als alles andre. Darum ist man sehr
vorsichtig, wenn man sich selbst lobt, sich selbst herausstreicht,
sich selbst mit dem blendenden Licht der Tüchtigkeit und
Zuverlässigkeit überfrachtet. Es wird in der Regel der
mittlere Weg der Berachtung und Verleumdung der auf
Gemeinsinn und Dienst an einem Ganzen eingestellten
Wirtschafts- und Arbeitsweisen gewährt, wenn man die
Bürglichkeit des angeblich individualistischen Wirt-
schaftens herausstreichen will. Wie dieses Wirtschaftens in
seinen auf das denkbare ängstlichste geheimgehaltenen
Einzelheiten aussieht, das würden die allermeisten,
könnten sie es einmal in seiner ganzen Nahtzeit sehen,
einmal nicht für mögliche Wirklichkeit halten. Walter
Rathenau war ein edler und kluger Mensch. Daß aber die
Preise, die die Verbraucher dem Unternehmer- und
Händlerstum zahlen müssen, zum allergrößten Teil aus
Arbeitslohn bestehen, wie er sagte, ist durchaus unzu-
treffend. Sie bestehen bei den meisten Waren zum größten
Teil aus Ausschlägen zum Selbstkostenpreis. Diese viel zu
hohen Ausschläge sind gewöhnlich recht absteigend, weil der
Weg, den die Ware durchläuft, viel zu umständlich und
lang ist. Und obendrein läßt noch die Selbstkosten orga-
nischer Wirtschaftsfelder wegen viel zu hoch, sowohl die

die Juhörer in die wirtschaftlichen Miß- und Zustände einzuführen, die zu der jetzigen Notlage führten, und erinnerte dabei an die Erfolge der Gewerkschaft, die nur durch innere Geschlossenheit ihre gesteckten Ziele erreichen könnten. Weiter gab er ein anschauliches Bild über den Abbau der Löhne und den Kampf der Gewerkschaften dagegen. Der Abbau selbst ist nur möglich geworden durch die Zersplitterung der Arbeiter, die teilweise unbewußt der reaktionären Wirtschaftshandlungsbedienste leisten. Auf die Notverordnungen übergehend, betonte Redner, daß die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie wohl in der Lage wären, die Regierung zu stützen, aber ob dann nicht noch eine weit schlimmere Notverordnung Platz greifen würde, die jeden viel härter treffe, sei eine Frage, die sich jeder selbst zu beantworten habe. Weiter sprach Redner nun über die Beitragserhöhung im Verband und verlangte geschlossene Solidarität gegenüber den Erwerbslosen und dem Verband, dann könne man auch von ihnen das gleiche verlangen. Unser Verband hat bis jetzt die höchsten Leistungen auf sozialem Gebiete vollbracht, die je von einem Verband bisher geleistet wurden, ja er hat sogar die staatlichen Unterstellungen der Beitragszahlung entsparend weit in den Schatten gestellt. Wenn ein Kollege hier schädigen wirken wollte, so sei er nicht würdig, in unserer Organisation zu bleiben. Redner schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Jugend und bat sie, die Augen offen zu halten, er endigte mit den Worten: „Keinen Fuß zurück, aber mit ganzer Kraft vorwärts.“ Kollege Ebert erteilte überaus reichen und stützenden Beifall. Vorsitzender Kollege Schiefer dankte dem Referenten und richtete einen Appell an diejenigen, die wankelmütig sind, und bat sie, ihre äußere schlappe Haut abzuschleifen, um dann auch als Mensch und treuer Gewerkschaftler kämpfen zu können. Unter „Verschiedenem“ wurden nun noch einige Bekehrungsfragen behandelt und Kollege Schiefer dankte nochmals für die Geschlossenheit und Einigkeit und schloß mit einem Hoch auf den Verband, das ebenfalls mit Begeisterung aufgenommen wurde, die Versammlung. Nach einem gemeinsamen Mittagstisch wurde die Johanniseier abgehalten, bei der die Musik der „Freien Gewerkschaften“ die „Typographia“ Hamburg und die „Graphia“ Koburg ihr Bestes hergaben zur Verschönerung der Feier. Bald griff auch eine sehr lustige Stimmung unter den Kollegen Platz. Kinderbelustigungen und Preisquadräten fehlten selbstverständlich auch nicht, so daß für alles gesorgt war, um den Festteilnehmern diese Veranstaltung noch lange im Gedächtnis zu erhalten.

Vielefeld (Maschinenfächer). Unsere Bezirksversammlung am 5. Juli in Bad Deynhausen hatte trotz der sommerlichen Hitze einen verhältnismäßig guten Besuch aufzuweisen. Kollege Möller als Mitglied der Deynhauser Kollegenliste wünschte der Versammlung würdigen Verlauf, was auch am Schluß derselben bekräftigt werden konnte. Unter Eingängen machte Vorsitzender Schiefer einige Rundreisen bekannt und erwähnte verschiedene Vorgänge im Gau unter besonderer Erwähnung an die Kollegenliste, fest zusammenzufassen. Der Vorsitzende behandelte dann die augenblickliche politische Lage im Reich, um übergehend den Bericht von der Gauversammlung in Bonn zu geben. Er verstand es ausgezeichnet, den Kollegen den Lauf der Versammlung vor Augen zu führen und streifte besonders die Spartenfrage. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die am 5. Juli 1931 in Bad Deynhausen tagende Bezirksversammlung des Maschinenfächer-Bezirksvereins Vielefeld beauftragt, daß die Spartenfrage im „Korr.“ wieder einmal zum Tagesgespräch gehören ist. Zu einer Zeit, wo wir allen Grund haben, einig und geschlossen zu sein, versuchen einige Spartengegner, die aufbauende Verbandsarbeit der Sparten herabzusetzen. Es wäre zu wünschen, daß die Gegner der Sparten sich den Standpunkt der obersten Verbandsinstanzen zu eigen machen und die Arbeit der Sparten als unumgänglich nötig erklären. Ein Ausder-Reihe-Tanzen lehnen auch wir ganz entschieden ab. Wir sind immer dessen eingedenk, daß wir zuerst Verbandsmitglieder sind, daneben aber auch als Spartenmitglieder usw. beteiligen müssen. Die Versammlung ist mit den Ausführungen ihres Vorsitzenden über die Spartenfrage voll und ganz einverstanden.“ Unter Punkt „Technisches“ hielt dann Kollege Küstermann

(Detmold) einen Vortrag über: „Die Rationalisierung im Buchdruckgewerbe und ihre Auswirkungen auf Hand- und Maschinenfächer.“ In einstündigen Ausführungen verstand es der Redner, dieses Thema im einzelnen zu zerpfücken und betonte vor allem, daß jede Neuerung auf dem Gebiet der Setzmaschine ein Stück Rationalisierung sei. Der reichliche Beifall bewies das Interesse der Anwesenden, es wurde gewünscht, daß Kollege Küstermann diese Ausführungen als Artikel in den „Technischen Mitteilungen“ erscheinen lassen möge. Beim Punkt „Kassenbericht“ wurde dem Kassierer, Kollegen Brindöper, für einwandfreie Führung der Geldgeschäfte einstimme Entlastung erteilt. Auf Wunsch des Vorstandes wurde beschlossen, die „Zeitschrift“ zu abonnieren. Als Tagungsart für die nächste Versammlung wurde Lage gewählt. Nach der gemeinsamen Mittagstafel fand ein Rundgang durch den herrlichen Waldort mit seinen wunderbaren Anlagen statt. Nur allzu schnell vergingen die Stunden in der „Deynhauser Schweiz“, sie werden allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben.

Eimshorn. In der am 26. Juni hier abgehaltenen Ortsversammlung am 1. Juli, wozu auch die Kollegen aus den Bezirksorten Barmstedt, Glückstadt, Tzehe, Binnenberg und Ikeren zahlreich erschienen waren, sprach unser Gauvorsitzer Kollege Brüter (Kiel) über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe des Verbandes.“ In etwa einstuündigen Ausführungen wußte Kollege Brüter den ganzen Ernst der heutigen Wirtschaftslage und somit auch die Kämpfe des Verbandes an Hand von erklärten Beispielen aus jüngerer Zeit den Kollegen vor Augen zu führen. In der folgenden Ansprache wurde immer wieder betont, daß der heutige Lohn längst nicht ausreicht, um auch nur einigermaßen auskommen zu können. Aus der großen Preislenkungsaktion sei nur ein Vorrat der Arbeitererschaft geworden, während manche Preise statt einer Senkung eine Erhöhung erfuhren. Zur Unterbringung der vielen arbeitslosen Kollegen wurde die 40-Stunden-Woche gefordert. Folgende Entschließung fand einstimmige Billigung aller anwesenden Kollegen: „Die lombinierte Ortsvereinsversammlung des Ortsvereins Eimshorn im Verband der Deutschen Buchdrucker, an der zahlreiche Mitglieder aus den Orten Barmstedt, Glückstadt, Tzehe, Binnenberg und Ikeren teilnahmen, faßt folgenden Beschluß: Der Verbandsvorstand wolle mit aller Schärfe darauf hinwirken, daß die 40-Stunden-Woche nur dann eingeführt wird, wenn voller Lohnausgleich erfolgt, auf je fünf Mann ein Mann eingestellt und der bisherige Lohn um 3,50 M. erhöht wird. Um dies durchzuführen, ist eventuell geschlossen in den Kampf zu treten.“ Zum Schluß nahm die Versammlung mit großer Entrüstung Kenntnis von der Mitteilung des Vorsitzenden, Kollegen Rosenbaum, daß am Ort zwei ältere Kollegen, die 18 bzw. 22 Jahre im Betrieb waren, jetzt wegen „zu geringer Leistungen gegenüber der Höhe des Lohnes“ entlassen seien und wahrscheinlich weitere folgen werden.

Gießen. In der diesjährigen Frühjahrsvorversammlung am 21. Juni in Grünberg (Oder) erfreute sich eines recht starken Besuchs. Der Vorsitzende Moratze eröffnete die Versammlung mit herzlichster Begrüßung und widmete dem verstorbenen Kollegen Siebler (Herborn) einen ehrenden Nachruf. Kollege Heiner (Grünberg) begrüßte in humorvoller Weise die Kollegen und wünschte der Versammlung einen guten Verlauf. Es folgten Johann der Bericht über das abgelaufene Halbjahr sowie die Berichte des Prozeßbevollmächtigten und des Bezirktreters des Fachunterauschusses für Lehrklinge. Aus letzterem war zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert hatte, obwohl einige Kollegen wieder in Arbeit treten konnten, aus dem zweiten Bericht ging hervor, daß auch hier reichlich Arbeit vorhanden war durch Vertretung am Arbeitsgericht usw.; vom dritten muß erfreulicherweise gesagt werden, daß dort für die Lehrklinge erspriehliche Arbeit geleistet wurde. Der Kassierbericht lag gebredt vor und zeigte einen guten Stand. Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus den Berichten der einzelnen Ortsvereine war zu entnehmen, daß überall Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen, vorhanden sind. Der Arbeitsgemeinschaft für Bildungszwecke des Ortsvereins Gießen wurde ein Beitrag aus der Kasse bewilligt. Eine lebhaft ausgeprägte über die Notverordnung vom 5. Juni bildete den Höhepunkt der Versammlung. Folgende Anträge wurden zur Weiterleitung an den DGB mit großer Mehrheit angenommen: 1. Der Verbandsvorstand soll beim DGB dahin wirken, daß die zweite Verordnung vom 5. Juni so abgeändert wird, daß Härten gegen die Arbeiterschaft ausgeglichen werden. Er möge ferner für die Herab-

setzung des Zuschlags betr. Zudeckener und für die Wiedereinstellung der früheren Bestimmungen betr. Arbeitslosenhilfe eintreten. Bei Einführung der 40-Stunden-Woche soll der Lohnausgleich und Einstellungsdruck gefordert werden. Die Arbeitssteuer soll für Entkommen unter 6000 M. nicht erhoben werden. 2. Die Altersversicherung ist mit dem 60. Lebensjahr zu zahlen, wenn der Versicherte aus dem Betrieb ausscheidet und die Wartegeld in der Invalidenversicherung erteilt hat. Weiterhin wurde eine Herabsetzung der Lehrlingslöhne gefordert. Ferner wurde Stellung genommen gegen Bestellung von Druckfahnen in Gefängnissen und Justizhäusern sowie gegen Vershöben, die selbst Druckfahnen herstellen. Diesbezügliche Schritte sollen bei zustehenden Instanzen unternommen werden. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden an die Versammlung und einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Gaumitgliederversammlung am 25. Juni. Kollege Rungher gab das Ableben von fünf Kollegen bekannt, deren Andenken wie üblich geehrt wurde. Arbeitslos sind zur Zeit 870 Kollegen. Nach einer längeren Ansprache, an der sich acht Kollegen beteiligten, wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß in den vom Vorstand den Erwerbslosen zur Verfügung gestellten Inaktiven Bekanntheitsanzeigen oder Plakate parteipolitischen Inhalts wie bisher nicht geduldet werden sollen. Nach weiteren internen Mitteilungen erteilte der Vorsitzende dem Kollegen J. Ehrenteit vom Ortsausfluß des DGB, das Wort zu seinem Vortrag „Aufbau und Aufgaben der Gewerkschaften“. In seinen anderthalbstündigen tiefstehenden Ausführungen ging der Referent auf alle brennenden Tagesfragen im Sinne der letzten Beschlüsse des Bundesvorstandes des DGB, ein. Redner schloß seinen Vortrag mit der ersten Mahnung an die sogenannte Opposition, mit den Zersplitterungsverfähen nun endlich Schluss zu machen und die freien Gewerkschaften in Ruhe zu lassen, damit diese in der Lage sind, ihren Kampf gegen den gemeinsamen Feind, der rechts steht, erfolgreich bestehen können. „Das Banner der freien Gewerkschaften hochgehalten und vorwärts“, so schloß der Referent seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Auf Antrag wurde dem ersten Redner in der Ansprache 20 Minuten, jedem weiteren 10 Minuten Redezeit gewährt. Nachdem der Oppositionsredner die Tätigkeit des DGB, in der letzten Zeit sehr kritisiert hatten, erfolgte Schluß der Ansprache. In diesem Schlußwort ging der Referent in bekannt temperamentvoller Weise auf die gemachten Ausführungen näher ein, fertigte in treffender Weise ihm gemachte Zwischenrufe ab und forderte zu Einigkeit und Einheitsfront der freien Gewerkschaften auf, die gerade jetzt in dieser kritischen Zeit bitter nötig seien. Mit den Worten „Vorwärts zu Kampf und Sieg“ schloß er unter feierlichem Beifall des größten Teiles der Versammlung. Für den Gewerkschaftsantrag in Frankfurt a. M. verlas Kollege Kehr einige Anträge betr. Steuern, Notverordnung usw. Nachdem Kollege Rungher die Ablehnung dieser Anträge, weit überhöht und ungeeignet, vorgeschlagen hatte, wurde in diesem Sinne beschlossen. Eine vom Kollegen Brüter eingereichte Entschließung zur Notverordnung wurde abgelehnt und folgende vom Vorstand eingebrachte mit übergroßer Mehrheit angenommen: „Die am 25. Juni im Gewerkschaftsausschusse tagende Versammlung des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona erhebt schärfsten Protest gegen die neue Notverordnung der Weimarer Regierung, die der Arbeiterklasse unerhörte Lasten aufbürdet, während sie den Besitz in jeder Beziehung schon. Sie eruchtet den Verbandsvorstand, seinen ganzen Einfluß bei allen Instanzen (DGB, usw.) dahingehend geltend zu machen, daß die Arbeiterklasse, besonders die Arbeitslosen schwer treffenden Bestimmungen aus der Notverordnung entbunden werden. Ferner fordert die Versammlung den DGB, dringend auf, bei den Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit kategorisch die Einführung der 40-Stunden-Woche zu verlangen mit der Maßgabe, für die freierwerbende Zeit reitlos Arbeitslose einzustellen. Um ein weiteres Herabfallen der Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu verhindern, verlangt die Versammlung weiter, daß einem nochmaligen Lohnabbau mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten wird.“

Halle a. d. S. (Stereotypen.) Im „Gewerkschaftshaus“ in Halle wurde am Sonntag, dem 14. Juni, unsere diesjährige Gauversammlung abgehalten. Vor Beginn derselben wurde ein Spaziergang ins Saaleetal unternommen, so daß kurz nach 10 Uhr die gut besuchte Versammlung eröffnet werden konnte. Erschienen waren Kol-

Selbstkosten in der Erzeugung als auch die Selbstkosten in der Verteilung, Handel genannt.

Der Sozialismus will unendlich viel mehr als die Verbesserung der Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen, obgleich die meisten notwendigen Menschen dies als das Wichtigste ansehen. Der Sozialismus will Wahrheit und Klarheit, Unerblichkeit, Sicherheit, Ordnung, Ehrlichkeit, Zweckmäßigkeit, Vernunft in alle Arbeit bringen, die die Menschen nähren und weiterbringen muß. Das Unentbehrlichste, Wertvollste, Edelste für das menschliche Zusammenleben ist die Arbeit. Aber es soll und muß wirklich fruchtbare, nützliche Arbeit sein, eine Arbeit, die allen zum Vorteil gereicht und nicht nur gerade denen, die sie ausführen. Die harmlosen, gutgläubigen Massen würden gewaltig staunen, wenn sie hinter die Kniffe und Schliche kämen, die im Geschäftsleben gang und gäbe sind. Sie würden aber vielleicht noch mehr staunen, wenn ihnen einmal an praktischen Beispielen aus dem Leben gezeigt würde, wie viel einfacher, sinnvoller und kostensparender die sogenannte Volkswirtschaft sein würde, wenn nicht der Erwerbsgedanke, sondern der gemeinnützige Dienstgedanke sie beherrschten würde, wie es der Sozialismus will und wie es auch durchaus möglich gemacht werden könnte, wenn auch nicht von heute auf morgen. Einen andern, einen menschenverbindenden, menschenverbessernden, menschenertüchtigenden Geist in die Arbeit hineintragen, heißt die Früchte des gemeinsamen Dienstes für die Kulturerhebung aller ganz gewaltig steigern. Und auf die reichere Ernte, die die Arbeit liefern kann, kommt alles an. Die sozialistische Idee wurzelt in der Arbeit. Aus ihr entspringt sie, und sie zielt ab auf die Vervollkommnung und Verschönerung der Arbeit. Das vor allem muß der heute von allerhand Wahnideen bestimmte Arbeiter wissen. H. Sch.

Erhebung über Kurzarbeit in der Woche vom 2. bis 8. August 1931

Einzelbericht an den Bezirks- bzw. Ortsvorstand

Ort:

Name des Betriebes	Beschäftigte Mitglieder	Von den Mitgliedern arbeitslos verkürzt				Zusammen
		1 bis 8 Stunden	über 8 bis 16 Stunden	über 16 bis 24 Stunden	über 24 Stunden	

Zum Ausdrucken!

Unterschrift

legen aus Halle, Köthen, Magdeburg, Burg, Wittenberg und Stendal. Dessau war in diesem Jahre nicht vertreten. Der Vorsitzende begrüßte alle Anwesenden aufs herzlichste. Im Namen des Stereotypvereins Halle hielt Kollege Lorek alle Ersehnten herzlich willkommen. Kollege Weigel überbrachte die Grüße des Gauvorstandes. Worte der Begrüßung sprachen dann noch für den Ortsverein Halle Kollege Liebenstahl, für die Bruderparte Leipzig Kollege Litz. Es folgte dann der Kassenbericht. Den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend ist der Kassenbestand als gut zu bezeichnen. „Gewerkschaft in Staat und Wirtschaft“ lautete das Thema, über das zu sprechen sich Kollege Walter Weigel zur Aufgabe gestellt hatte. Der Referent hämmerte es allen ins Bewußtsein, daß es Pflicht jedes Gewerkschaftlers ist, durch nie erlassende Agitation dafür zu sorgen, daß die Stellung der Gewerkschaften als mitbestimmende Faktoren in Staat und Wirtschaft erhalten bleibt und darüber hinaus weiter ausgebaut und gefestigt werden kann. Die leistungsfördernden Ausführungen des Kollegen Weigel fanden fürwischen Beifall. Der Leipziger Stereotypverein hatte es übernommen, einen Preiswettbewerb zu betreiben. Zur Begründung der Bewertung waren die Leipziger Kollegen Schwarz und Litz erschienen. Für die viele Mühe und Arbeit sprechen wir auch an dieser Stelle den beteiligten Leipziger Kollegen unsern herzlichsten Dank aus. Nach Erledigung einiger Anträge wurde folgende Entschließung angenommen: „Die am 14. Juni in Halle versammelten Mitglieder der Vereinigung der Stereotypvereine und Galvanoplastiker im Gau III der Saale nehmen Kenntnis von der letzten Notverordnung der Brüning-Regierung. Die in dieser Notverordnung enthaltenen Verschlechterungen für die arbeitende Bevölkerung fordern zum schärfsten Protest heraus. Die Versammelten ermahnen zum Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sowohl als auch vom DGB, daß sie sich in schärfster Uebereinstimmung gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen stellen und dafür eintreten, daß bei der Lastenverteilung auch der Weisheit herangezogen wird.“ — Bei herzlichstem Sonnenschein ging es nach gemeinsamer Mittagsstapel zum Zoo. Der Abend vereinigte die Versammlungsteilnehmer noch einmal im Garten des Volkshauses. Unsere nächste Gauversammlung soll in Köthen stattfinden.

Heilbronn. Der geschwächte Ortsrat entsprechend, wurde unsere Johannisfeier ohne Kinderfest in kleinerem Maßstab begangen. Einleitend gab Kollege Gerlach durch Vortrag eines prächtigen Vortrags von Prezag den Festversammlung Stimmungswort. Die Festrede des Vorsitzenden, Kollegen Heinrich, dem Ansehen unrespektvollsten Gutenberg gewidmet, gipfelte darin, daß trotz allem gegenwärtigen Ungemach die bisher bewiesene alte Buchdruckerethik auch für die Folge behauptet muß. Eine besondere Note erhielt unsere Feier durch die Ehrung unfres lieben Kollegen Maschinenleger Karl Räder, geb. in Taubertshausheim, welcher nunmehr 60 Jahre dem Verband angehört. Eingedenk, daß es zu Rädgers Jugendzeit nicht so einfach war, Verbandsmitgliedschaft zu sein, feierte der Vorsitzende das Wirken und Kämpfen unfres verehrten Jubilars mit tiefempundenen, herzlichen Dankworten. Zwei gewichtige „Helferkräfte“, vom Orts- und Maschinenvereiner gewidmet, gärten den Ehrenplatz des Jubilars. Unter Leitung seines Dirigenten, Hauptlehrer Franz, bestritt der Gesangsverein „Gutenberg“ mit beifällig aufgenommenen Chören den musikalischen Teil des Festes. Für unsere Jubilaren, Arbeitslosen und Durchreisenden war eine kleine „Festkündigung“ vorgesehen. Ein flottet Tanzvergügen schloß unsere schöne Feier würdig ab.

Jena. Am 20. Juni tagte auch hier eine gemeinsame Versammlung der graphischen Arbeiterzweig, einberufen von den Gauleitern der graphischen Verbände in Thüringen, um gegen die neue Notverordnung und einen weiteren Lohnabbau sowie für die Verkürzung der Arbeitszeit zu demonstrieren. Kollege Thiemer, der Vorsitzende der Buchdrucker, eröffnete die Versammlung, begrüßte die von allen Verbänden erschienenen Mitglieder und erteilte sofort das Wort dem Gauvorsitzer Wislaug zu dem Thema: „Schluß mit dem Lohnabbau! — Her mit der Arbeitszeitverkürzung!“ Der Referent beleuchtete die gegenwärtigen Zustände in Staat und Wirtschaft und ging besonders auf die langanhaltende Weltwirtschaftskrise ein, deren Ursachen in dem Weltkriege, der privatkapitalistischen Produktionsweise und in einer übersteigerten Rationalisierung zu suchen seien. Er gestellte in scharfen Worten die neueste Notverordnung mit ihrem Einbruch in das Tarifrecht und den ungeheuerlichen Belastungen für die Armeen der Armen. Es müsse alles getan werden, um deren Aufhebung zu erreichen. Die Arbeitslosigkeit könne nie und nimmer durch weitere Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse behoben werden. Mit dem Lohnabbau und dem Abbau auf sozialpolitischen Gebiete müsse Schluß gemacht, dafür aber eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Einstellungszwang und tragbarem Lohnausgleich durchgeführt werden. Die Diskussion über das Gehörte war recht lebhaft. Alle Redner forderten die Befestigung der Notverordnung und schärfsten Widerstand, eventuell unter Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels, gegen jeden weiteren Lohnabbau. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Einstellungszwang und lediglich zu Lasten der Arbeitnehmer wurde einmütig abgelehnt. Im Schlußwort führte Kollege Wislaug einen K.D.-Kollegen, der schon lebhaften Widerspruch der Versammlung gefunden hatte, in die Wirklichkeit zurück und riefte den Appell an die Kollegenhaft, die Leuen und Werkzeugen aufzurütteln, damit die Unternehmerhaft des graphischen Gewerbes wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft eine einige Kollegenhaft und geschlossene Uebereinstimmung vorfinde.

Kiel. Am 28. Juni fanden sich die Kollegen der Bezirke Kiel, Neumünster und Eutin zu einem Buchdrucker treffen in Ntholstein in mit anschließendem Johannisfest in Pflön zusammen. Die Tagung war sehr gut besucht. Nach allgemeinen Begrüßungsworten erhielt der Kollege Barth vom Verbandsvorstand das Wort zu seinem Vortrag „Gegenwartstagen“. In seinen Einleitungsworten brachte er zum Ausdruck, daß ihm erstliche Kritik, die aufbauen und nicht niederreißen sollte, erwünscht sei. Zum eigentlichen Thema übergehend, schilderte er in treffenden Worten den schweren Kampf, den die Gewerkschaften durchzuführen haben, und brandmarkte die

Spaltplätze von rechts und links, denen die jetzige Notzeit gerade geeignet erscheint, Uneinigkeit in die Reihen der Kollegenhaft zu tragen und das Vertrauen zur Führung zu untergraben. Zeigt, wo enge Fühlung und Einigkeit notwendiger seien denn je. Er sagte jedoch alles, was uns in letzter Zeit bedrückte, zu einem erhellenden Bilde zusammen. In Hand der ständig steigenden Erwerbslosenziffern wies er die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse nach und ging auf die Ursachen der Wirtschaftskrise ein. Er erklärte sie hauptsächlich aus den Auswirkungen des Krieges, die sich in den Reparationszahlungen äußern, und der verfehlten Rationalisierung. Zeigte, wie die infolge der fortschreitenden Technisierung verbilligte Produktion nicht der Allgemeinheit zugute komme und eine höhere Lebensführung der arbeitenden Schichten ermöglichte, sondern daß sich an dem Hochhalten der Preise durch die Trusts, Kartelle, Syndikate usw. nur einzelne auf Kosten des gesamten Volkes bereicherten, daß außerdem die Kosten für die durch die Rationalisierung aufzubewahrenden Arbeitskräfte zu tragen habe. Zum weiten Sinken des Lebensstandards trage auch besonders die neue Notverordnung bei, die in ihrer Einteilung in Landwirte, Selbständige und Lehrlinge an die Dreiklassenmacherei der Vorkriegszeit erinnere, selbst vor den Armeen der Armen, den Erwerbslosen, nicht halt mache und so allerorts Empörung ausgelöst habe. Eine große Ungerechtigkeit sei halbwegs abgebogen, die Ausschaltung der Jugendlichen beim Bezug der Unterstützung. Hierbei dürften wir es aber nicht bewenden lassen, sondern müßten unentwegt weiterkämpfen für eine gerechtere Verteilung der Lasten. Zu unsern besonderen Sorgen kommenden, riefte der Vortragende noch einmal ein Bild der Mantelstarkeüberhandlungen und späteren Lohnerverhandlungen auf und zeigte, warum wir nicht vormärts gekommen seien. Er schilderte, wie unsere Organisationsleiter damals bei Besprechungen im DGB, die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit in den Vordergrund der Diskussionen gestellt hätten, daß aber ein offener Kampf um die Arbeitszeitverkürzung nicht möglich gewesen sei, weil dadurch die Schlichtungsordnung über den Haufen geworfen worden wäre, die die Arbeiterhaft im allgemeinen lieber noch nicht entbehren könne. Außerdem wären sämtliche Unternehmerorganisationen bereit gewesen, hinter den Deutschen Buchdrucker-Verein zu treten. Zu den neuesten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden erklärte er, daß nach dem Lohnabbau im Februar, der Krisenfeuer usw. einer abermaligen Kürzung der Bezüge um ein Sechstel nicht ohne einen Ausgleich und die Entlastungspflicht zugestimmt werden könne. Reichler Beifall befandete das Einverständnis der Kollegenhaft mit seinen Ausführungen. Nach schneller Erledigung der verbleibenden Tagesordnungspunkte konnte zum gemütlichen Teil übergegangen werden, der sich bis in die späten Abendstunden hinog. Über 300 Kollegen mit ihren Angehörigen vereinte diese, vom schönsten Wetter begünstigte Veranstaltung.

Allgemeine Rundschau

Hinauschiebung der Besprechungen über die Arbeitszeitfrage. Auf Veranlassung des Deutschen Buchdrucker-Vereins finden die für den 4. August vorgesehenen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Tarifparteien über die Verkürzung der Arbeitszeit erst später statt. Ein neuer Verhandlungstermin ist noch nicht fest vereinbart worden. Zu Ausfall genommen wurde vorerst der 21. August d. J.

Macdonald und Henderson in Berlin. Die bei der gesamten internationalen Arbeiterhaft hochangesehenen Arbeiterführer, der englische Ministerpräsident Macdonald und sein Außenminister Henderson, welken am Montag und Dienstag dieser Woche in Berlin, um den seitens des Reichsanzlers Brüning und des Außenministers Curtius ihnen abgestatteten Besuch in Chequers zu erwidern und die Besprechungen fortzusetzen, die sie dort im Interesse Deutschlands aufgenommen hatten. Der begeisterte und herzliche Empfang, der den beiden Ministern der englischen Arbeiterregierung bereitet wurde, ist unbeschreiblich und darf die deutsche Arbeiterhaft mit Stolz erfüllen, die damit ihren internationalen Führern gegenüber einen Beweis der Anerkennung und Treue erbracht hat, der auch auf die beiden Gäste des deutschen Volkes einen unvergesslichen Eindruck gemacht haben dürfte. Tausende und aber Tausende hatten sich auf dem Bahnhofs eingedrängt, um den beiden Männern ihre aus tiefstem Herzen kommende Sympathie zu bezeugen, die immer wieder trotz des lebensgefährlichen Gedränges in begeistertem Zurufen zum Ausdruck kam und sich weiter steigerte, als Macdonald, der aus seiner freudigen Bewegung über diese Herzlichkeit kein Hehl machte, die Grüße in eben so herzlicher Weise erwiderte. Der englische Ministerpräsident und der englische Außenminister wurden Dienstagvormittag vom Reichspräsidenten empfangen. Am 1 Uhr waren Macdonald und Henderson Gäste des Ministerpräsidenten Braun. In dieser Veranstaltung nahmen, ebenso wie an der Veranstaltung bei dem englischen Vorkassier in Berlin, auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Breitfeld teil. Nach dem Empfang beim Reichspräsidenten traten Macdonald und Henderson mit Mitgliedern der Reichsregierung zu einer offiziellen Aussprache über die schwebenden europäischen Probleme zusammen. Hoffen wir, daß die beiden, auch mit der deutschen Arbeiterhaft aufs engste verbundenen englischen Freunde mit gutem Erfolg ihre Aussprache beendet haben. Die deutsche Arbeiterhaft wird ihnen für ihre dem Frieden der Menschheit gewidmete Arbeit zu danken wissen und sie mit den besten Grüßen an die englische Arbeiterhaft in ihre Heimat begleiten. — Mit welcher niedrigen Geschäftigkeit die deutschen Schmarfacher den Besuch der englischen Minister herabzuwürdigen versuchen, obwohl doch ihre Bemühungen gerade der Wiederherstellung der von ihnen schiefgeführten deutschen Wirtschaft galten, zeigt eine Auslassung der „Berliner Börsen-Zeitung“, die an dieser Stelle niedriger gehängt und der Verachtung preisgegeben sei. Die englischen Minister waren vom preussischen Ministerpräsidenten Braun zu einer Bootsfahrt auf der Havel eingeladen worden. Dieses bescheidene Vergnügen, das alljährlich von Tausenden von Berliner Arbeitern

unternommen wird, begleitet das genannte Schmarfacherblatt mit folgenden dreizehn Bemerkungen: „Weißlich war“ mit galauniformiertem Kapitän sitzend, ja, da sieht man eben nicht hin auf die Waffenopfer sozialistischer Staats- und Parteipolitik. Da merkten sie nicht, die Vertreter der zweiten Internationale, wie weit sie es mit ihren famosen Theorien endlich gebracht haben. Auf dem Tisch der Kabine fanden 12 Teebecher, einige Reis, Konfekt, Zigarren und als besondere Aufmerksamkeit für Macdonald, Weißentafel. Wie berauschend proletarisch einfach! Schade um jedes Wort, das man über diese Schabigkeits noch verlieren sollte.“

Befragung der Jahresberichte der Gaus, des Verbandsvorstandes und der Sparten. Wie im Vorjahr, hat auch diesmal der Verbandsvorstand die vorbenannten Jahresberichte zu Rundsendungszwecken für unsere Lehrkingsvereine zusammengestellt und mit einer sachlichen Befragung über die typographische Ausstattung der Bezirke versehen lassen. Diese Rundsendung geht in drei gleichen Ausfertigungen hinaus und soll in jedem Gau zunächst nur am Vorort geteilt werden. Sobald der Rundlauf an den Vororten beendet ist, werden die drei Rundsendungen dem allgemeinen Kaufplan eingelebter.

Nordwest-Schiedspruch angenommen. Im Lohnstreit in der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde vergangene Woche nach mehrstündigen Verhandlungen ein Schiedspruch gefällt. Er sieht folgende Neureglung vor: Der Stundenlohn des 21jährigen Facharbeiters sinkt von 78 auf 75 Pf. Der Stundenlohn des 21jährigen Hilfsarbeiters bleibt 60 Pf. Die durch die Gewerking-Entscheidung vom 21. Dezember 1928 festgelegten Zulagen für die Zeitlohnarbeit fallen weg, jedoch mit der Einschränkung, daß bei diesen Arbeitern der Gesamttagelohn aus diesem Schiedspruch 5 Pf. pro Stunde nicht übersteigt. Die übrigen Bestimmungen des Lohntarifs bleiben bestehen. Die neuen Lohnsätze treten mit dem 1. August in Kraft. Der Schiedspruch ist unfindbar bis zum 30. November 1931 und kann erstmalig zu diesem Zeitpunkt, später mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis Montag. Der Schiedspruch wurde mit den Stimmen der Arbeitnehmer gefällt. Eine Delegiertenversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen sprach sich für die Annahme des Schiedspruchs für die Gruppe Nordwest aus. Maßgebend für diese Entscheidung war die Erwägung, daß trotz den Bedenken gegen den rigorosen und verfehlten Lohnabbau und der kurzen Befristung des Schiedspruchs ein taufloser Zustand, der bei einer Ablehnung des Schiedspruchs eingetreten wäre, nicht verantwortet werden könne. Mit der gleichen Begründung haben auch die übrigen Gewerkschaften den Schiedspruch angenommen, der inzwischen für verbindlich erklärt worden ist.

Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und vierzigstündige Arbeitswoche. Die Abgeordnetensammlung der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie des Prager Abgeordnetenhauses haben einen Initiativantrag eingebracht, der die Novellierung des Gesetzes über die arbeitsfreie Arbeitszeit durch Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche verlangt. Dem Antrag ist eine Begründung beigegeben, in der ausführlich dargelegt wird, daß eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit unbedingt erforderlich ist, wenn die Arbeitslosigkeit wenigstens einigermaßen behoben werden soll.

Forderungen der christlichen Gewerkschaften. Der christlich-nationale Reichstagsabgeordnete Bauckhoff, der auch dem Zentralausschuß der Reichsbank angehört, fordert in einem Schreiben an die Reichsregierung und an das Direktorium der Reichsbank die sofortige Öffnung der Schalter der Banken und erhebliche Vorkerungen bei den Sparkassen. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme soll einhergehen die Herauslösung des Reichsbankdiskonts auf 20 Proz. und eine erhebliche Erhöhung der Zinsen für eingezahlte Gelder und Spargelder. Der Zahlungsmittelumlauf könne seitens der Reichsbank ohne Inflationsgefahr auf 6 bis 7 Milliarden Mark vorübergehend heraufgetrieben werden. Gleichzeitig sei eine Stempelung der Noten oder der Notenaufdruck in die Wege zu setzen, um die Samptreuer zu fassen. Außerdem müßten die Zeitungen verboten werden, die jetzt noch dauernd die Währung unterminieren, indem sie zur Flucht in die Sachwerte oder die Sparer zu Ablehungen veranlassen. Am Schluß verlangt Bauckhoff weitere beschleunigte Verhandlungen über einen langfristigen billigeren Kredit. So länger darüber die notwendigen Verhandlungen mit Frankreich hinausgeschoben würden, je schwächer würde unsere Lage bei der Abwehr unerträglicher Bedingungen. Alle staatlichen Mittel seien bereitzuhalten, um die Autorität des Staates in jedem Fall gegenüber allen Helfern und Kuchelrören aufrechtzuerhalten.

Ein Opfer der Notverordnung. Unter dieser bezeichnenden Überschrift teilten kürzlich die kommunistische „Rote Fahne“ und die „Welt am Abend“ ihren Lesern schmerzhaft mit, daß die linksdemokratische Zeitung „Montag Morgen“ ihr Erscheinen unterbrochen resp. eingestellt habe. Aus einer Erklärung, die Redaktion und Verleger dieser Zeitung abgegeben hatten, wurde hervorgehoben, daß die Pressefreiheit aufgegeben und es infolge dessen eine Zeitung, welche die Pflicht zur Ehrlichkeit ernst nehme, unmöglich sei weiterzuführen, ohne sich der Gefahr auszuweihen, verboten zu werden. Da aber ein Verbot in der heutigen Wirtschaftslage untragbar sei, werde das Erscheinen des „Montag Morgen“ während der Gültigkeitsdauer der Presse-Notverordnung unterbrochen. Die kommunistischen Zeitungen sind, indem sie die durchsichtige Erklärung des „M. M.“ allzu ernst nahmen, einer bösen Täuschung zum Opfer gefallen. In der Presse wurde nach wenigen Tagen folgende Geschichte: Der „Montag Morgen“, der sein Erscheinen wegen der Presse-Notverordnung eingestellt hatte, traut sich wieder hervor. Er begründet sein Wiedererscheinen mit der Anweisung des Reichstagsministers, wonach sachliche Kritik in anständiger Form weder verboten noch erschwert werden soll. In der Zwischenzeit hat sich aber allerdings geändert: Der Verlag der Zeitung ist nicht mehr der gleiche, ebenso ist die Druckerei gewechselt worden, und, wie es scheint, auch ein Teil des Redaktionsstabes. Danach dürfte man also doch annehmen, daß die Notverordnung zur Motivierung einer vorübergehenden Einstellung des Erscheinens dem „M. M.“ nicht ganz un-

